

Ressort: Politik

Irans Außenminister gesteht heftige Folgen der Sanktionen auf die Wirtschaft ein

Teheran, 05.02.2013, 16:31 Uhr

GDN - Iran hat lange geleugnet, dass die Sanktionen gegen das Land seine Wirtschaft mächtig belasten. Jetzt räumt Außenminister Ali Akbar Salehi erstmals ein, dass die Zwangsmaßnahmen im Atomstreit schwere Folgen für das Land haben.

"Die Sanktionen treffen unsere Wirtschaft, das kann niemand bestreiten", sagte Salehi dem "Handelsblatt" (Mittwochausgabe). Salehi gab dabei zu, durch den Druck des Westens leide sein Land erheblich unter Devisenmangel und an einem Mangel an Ersatzteilen und Maschinen. Auch von der Haltung deutscher Firmen zeigt sich Teheran enttäuscht: Der Rückzug deutscher Firmen wegen der Sanktionen "ist bei uns im Gedächtnis und wir werden es später berücksichtigen", sagte Salehi. "Wir merken uns wer Freunde in der Not sind und wer nicht." Seit Januar hat die EU ein Gasembargo gegen Iran verhängt, seit vorigem Juli ist der Kauf iranischen Öls in Europa verboten. Dadurch sind nach Angaben des Teheraner Ölministeriums Irans Erdölexporte um 40 Prozent und die Erlöse sogar um 45 Prozent zurückgegangen. Die EU und die USA haben zudem Versicherungen verboten, iranische Tanker zu versichern, was die Exporte zusätzlich erschwert. Offenbar wegen des Drucks der Sanktionen zeigt sich Iran jetzt gesprächsbereit im Atomstreit: "Je schneller wir von der Ehrlichkeit des amerikanischen Gesprächsangebots überzeugt werden, desto schneller kann es gehen", sagte Salehi zum Verhandlungsangebot von US-Vizepräsident Joe Biden an Iran. Beide Staaten unterhalten seit der islamischen Revolution 1979 keine diplomatischen Beziehungen mehr. Biden hatte in München erstmals direkte Verhandlungen im Atomstreit zwischen beiden Ländern angeregt. Teheran fordert von Washington, als Bedingung für Verhandlungen, die "Kriegsrhetorik" zu stoppen, nicht ständig mit weiteren Sanktionen oder einem Militärschlag gegen Iran zu drohen, sagte Salehi: "Das passt nicht zu ehrlichen Verhandlungsangeboten." Iran seinerseits sei bereit, "die Sorgen der anderen Seite ernst zu nehmen" und deren Zweifel im Streit um das umstrittene persische Nuklearprogramm auszuräumen. Ein Uran-Anreicherungsstopp komme aber vorerst nicht infrage.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-7146/irans-aussenminister-gesteht-heftige-folgen-der-sanktionen-auf-die-wirtschaft-ein.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com